

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redakteur und Chefredakteur:
Erich Wiffinghaus, Berlin.
Telefon: Karl Dietz 4124-4125



Verlag: Dr. Zwing und Co. Verlag:
Berlin O 20 61, Zehn-Strasse, Post 6
Telefon: Capotrupp

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung zulässig. Abdruckung ist verboten.
Der Preis des Abdruckes, wenn nicht anders vermerkt, ist 10 Pfennig pro Seite in Berlin.

Berlin, den 3. März 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Am Scheidewege ?

SPD. Der Völkerbund ist zu einer ausserordentlichen Vollversammlung zusammengetreten, um zu dem Kriegszustand im Fernen Osten Stellung zu nehmen. Es hat den Anschein, als ob viele Regierungen nur zögernd und unwillig an dieser Tagung teilnehmen, aber angesichts des klaren Wortlauts des Artikels 15 des Statuts musste der Rat dem Antrag Chinas stattgeben. Dieses Zögern und dieser Unwille erklären sich aus dem schlechten Gewissen sämtlicher Völkerbundsstaaten gegenüber China.

Ein halbes Jahr lang hat der Völkerbund, vertreten durch seinen Rat, in dem alle entscheidenden Mächte Sitz und Stimme haben, erbärmlich versagt. Er hat bewiesen, dass er nicht fähig ist, den kriegerischen Überfall einer Grossmacht auf ein schwächeres Bundesmitglied zu verhindern, also seine wichtigste Aufgabe zu erfüllen. Er hat versagt, weil seine massgebenden Bestandteile, die Grossmächte, nicht den Willen und nicht den Mut hatten, rechtzeitig einzugreifen. Im ersten Stadium der Entwicklung des Konfliktes, als dieser sich noch auf die Mandschurei beschränkte, wäre es möglich gewesen, durch ein energisches Wort, die Imperialisten von Tokio in Schach zu halten. Freilich hätte man damals, also schon im Herbst, nicht davor zurückschrecken dürfen, gegen Japan Zwangsmassnahmen anzudrohen. Aber alle Mächte waren damals durch ihre eigenen Sorgen um die Wirtschaftskrise und deren innerpolitischen Begleiterscheinungen derart in Anspruch genommen und unsicher geworden, dass sie einen grossen internationalen Konflikt scheuten. Die japanische Regierung hatte diesen Faktor in Rechnung gestellt und damit richtig spekuliert.

Im Anfang lag der Hauptfehler. Je länger der Völkerbund Japan in der Mandschurei gewähren liess, desto schwerer und aussichtsloser wurden seine späteren Bemühungen um die Beilegung des Konflikts. Um sich seine Beute in der Mandschurei zu sichern, holte nun Japan zu einem weiteren grossen Schlag aus, indem es eine Strafexpedition gegen Schanghai in Szene setzte. Das war letzten Endes nur ein gross angelegtes, raffiniertes Ablenkungsmanöver. Tatsächlich ist seit dem Beginn der militärischen Operationen in Schanghai das Interesse für die Ereignisse in der Mandschurei in den Hintergrund getreten. Die Proklamationen der "unabhängigen" Mandschurei unter der Verwaltung von Strohmännern Tokios und unter japanischer Militärherrschaft ist auf dem vorläufigen Höhepunkt der japanischen Offensive bei Schanghai durchgeführt worden, als die Mächte in grösster Besorgnis um das Leben und um das Eigentum ihrer Landsleute in der internationalen Konzession von Schanghai waren und sich daher weniger eifrig mit der vollendeten Tatsache befassen konnten, die in der Mandschurei zur selben Zeit geschaffen wurde. Das ist ein raffiniertes imperialistisches Spiel mit bedenkenlosem Einsatz unzähliger eigener und fremder Menschenleben. Die Japaner wollen sich jetzt die Einstellung der Feindseligkeiten bei Schanghai und die spätere Zurückziehung ihrer gelandeten Kräfte aus den verschiedenen chinesischen Häfen abkaufen lassen gegen die Anerkennung des in der Mandschurei geschaffenen Tatbestandes.

Schon zeigen die Mächte eine bedenkliche Neigung, auf diesen Schacher auf Kosten Chinas einzugehen. Dagegen muss entschieden Einspruch erhoben werden: der Völkerbund darf nicht, um einen scheinbaren "Teilerfolg" bei Schanghai zu erringen, die grobe Verletzung des Genfer Statuts, des Kellogg-Paktes und des Washingtoner Neunmächtevertrages nachträglich sanktionieren, indem er mehr oder minder stillschweigend Japan in der Mandschurei freie Hand gewährt. Er darf nicht das Versagen seines Rates durch eine eigene Kapitulation krönen und sich dabei noch mit dem heuchlerischen Schein einer "erfolgreichen" Friedensvermittlung umgeben. Die Vollversammlung, in der die kleineren Staaten ganz anders zu Worte kommen können als im Rat, darf den Appell Chinas nicht enttäuschen. Sie muss die Dinge beim rechten Namen nennen und vor aller Welt feststellen, dass Japan den Frieden und die internationalen Verträge gebrochen hat.

Die Ehre des Völkerbundes steht auf dem Spiel. Sie hat durch das klägliche Verhalten seines Rates seit September 1931 schon erheblich gelitten. Wenn gar erst die Völkerbundsversammlung sich dazu hergibt, die Wünsche Japans zu erfüllen, dann ist der Völkerbund am Ende, dann ist er nicht mehr wert, dass man sich für sein Fortbestehen überhaupt noch einsetzt!

SPD. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich am Donnerstag mit den weltpolitischen Gefahren beschäftigt, die aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten sich ergeben können, wenn der Völkerbund, dem Sinn seiner Existenz und seiner Aufgaben zuwider, sich weiterhin untätig verhält, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Krieg ohne Kriegserklärung schon vor Monaten aus eigener Initiative durch aktives Eingreifen zu beenden. Die allgemeinen Friedenssicherungsverträge, die in den letzten Jahren in feierlichster Form abgeschlossen wurden, verlieren durch diese Passivität des Völkerbundes, durch die Geheimdiplomatie der bewaffneten Grossmächte und durch das unverantwortliche Verschleppen dringender Entscheidungen jede praktische Bedeutung. Der Bundesvorstand ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der einmütigen Ueberzeugung, dass der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmasses hätte führen können, wenn die Signatarmächte des Versailler Vertrages, die den Völkerbund ins Leben gerufen haben und für das Mass seiner Aktivität verantwortlich sind, schon vor Jahren damit Ernst gemacht hätten, ihr Versprechen einzuhalten, gemäss dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, dass die deutsche Reichsregierung in der Völkerbundsversammlung, die am 3. März zusammengetreten ist, ihren ganzen Einfluss aufbietet wird, eine klare Stellungnahme des Völkerbundes herbeizuführen, um den Krieg Japans gegen China zu beenden und wirksame Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens sowohl bei diesen Verhandlungen wie in den Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

SPD. Genf, 3. März (Eig. Drahtb)

Die ausserordentliche Vollversammlung, die zu dem chinesisch-japanischen Konflikt Stellung nehmen soll, wurde am Donnerstag von dem amtierenden Ratspräsidenten Paul Boncour mit einer langen Ansprache eröffnet.

Boncour erinnerte zunächst daran, dass die erste ausserordentliche Vollversammlung der Aufnahme Deutschlands gegolten habe. Die tragische Veranlassung dieser zweiten ausserordentlichen Versammlung sei der schwerste Konflikt zwischen zwei Mitgliedern, den der Völkerbund je zu lösen gehabt habe. Wenn der Völkerbund seine Grundsätze wahren wolle, so müsse er sie variieren und jeweils den gegebenen geographischen, soziologischen und politischen Verhältnissen an-

passen. Sowohl in der ersten Prozedur, nach Artikel 11, wie in der zweiten nach Artikel 15 der Völkerbundssatzung seien Ergebnisse erzielt worden. Der Rat bleibe mit der Vollverantwortung befasst und werde nicht nachgeben. Der Völkerbund könne ebenfalls nicht nachgeben, denn sein Schicksal hänge von seiner Entscheidung ab.

SPD. Der Preussische Landtag nahm am Donnerstag einen Antrag an, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, dass die vorgesehene Senkung der Biersteuer so schnell wie möglich durchgeführt wird. Das Haus vertagte sich dann auf den 15. März.

SPD. Frankfurt/M., 3. März (Eig. Drahtb.)

Die zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren verurteilten Favag-Direktoren Lindner, Schuhmacher, Mädje und Kirschbaum haben gegen das Urteil Revision eingelegt. Der zu 4 Jahren Gefängnis verurteilte Direktor Sauerbrey hat das Urteil angenommen.

Da mit der Ausfertigung des auf etwa 1500 Druckseiten berechneten Urteils erst in neun Monaten zu rechnen ist und den Angeklagten eine Revisionsfrist von einigen Monaten gegeben werden muss, das Reichsgericht seinerseits aber längere Zeit für die Prüfung beanspruchen wird, ist mit einer Verzögerung der Sühne der Favag-Verbrechen um mindestens ein Jahr zu rechnen.

SPD. Stuttgart, 3. März (Eig. Drahtb.)

Der Gesamtvorstand des württembergischen Bauernbundes, der sich am Donnerstag mit den in seiner Mitte aufgetauchten schweren Meinungsverschiedenheiten über die Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl befasste, fordert seine Anhänger auf, am 13. März Hindenburg oder Duesterberg zu wählen. Auch die Wahl des nationalsozialistischen Kandidaten zu befürworten sei er nicht in der Lage.

SPD. Paris, 3. März (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch ist am Donnerstag-Nachmittag mit dem Nordexpress nach Berlin abgereist, wo er die Reichsregierung über die letzten Unterredungen mit Tardieu informieren soll. Mit dem gleichen Zuge hat auch der französische Botschafter in Berlin Francois Poncet seine Rückreise nach Berlin angetreten.

SPD. Genf, 3. März (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Nachmittag nahm die Völkerbundsversammlung einen Bericht des chinesischen Vertreters über den Konflikt im Fernen Osten entgegen. Chinas Vertreter Yen leitete seine Darstellungen mit der Bekanntgabe eines japanischen Gegenvorschlages zur Einstellung der Feindseligkeiten um Schanghai ein. Es handele sich um Kapitulationsbedingungen eines Siegers gegenüber einem Besiegten. Sie seien unannehmbar. China werde deshalb dem japanischen Angriff weiter Widerstand leisten. Entgegen den neuesten Nachrichten von der Einstellung der Angriffe durch die japanischen Befehlshaber seien neue schwere Angriffe und Luftbombardements bis 50 Kilometer westlich von

Schanghai zu verzeichnen. Fortgesetzt würden Verstärkungen gelandet. Diese Angriffe überlegener Kräfte hätten die chinesischen Truppen gezwungen, sich geordnet auf die zweite Verteidigungslinie zurückzuziehen. Die Waffenstillstandsverhandlungen seien gescheitert, das gleiche gelte von dem Vorschlag des Rates. China verlange nun von der Versammlung zuerst die Erreichung eines Waffenstillstandes auf der Basis jener Bedingungen, die an Bord des britischen Flaggschiffes ursprünglich vereinbart gewesen, aber von den Japanern nicht gehalten worden seien.

Yen schilderte dann sehr wirkungsvoll die fortgesetzten Ablehnungen und Provokationen Japans gegenüber dem Völkerbund und Amerika. Bisher habe die kollektive Vermittlung versagt. Japan zeige sich heute unversöhnlicher als zu Beginn des Konflikts. China habe seine Sache bedingungslos in die Hände des Völkerbundes gelegt. Japan habe das verweigert. China sei bereit gewesen, zu jeder friedlichen Regelung durch Schiedsgericht und juristische Entscheidung. Japan habe das verweigert. China habe die volle Verantwortung für den Schutz von Leben und Eigentum der Japaner nach Zurückziehung der japanischen Truppen angeboten. Japan habe die Räumung verweigert. China habe den Vorschlag von vier Völkerbundmitgliedern und der Vereinigten Staaten zur Einstellung der Feindseligkeiten und Verhandlungen über alle Streitfragen insgesamt angenommen. Japan habe alle wesentlichen Punkte dieser Vorschläge abgelehnt. Zum Schluss überreichte Yen der Versammlung einen Antrag mit folgenden vier Forderungen:

1) Wir verlangen von dieser ausserordentlichen Vollversammlung die Prüfung und völlige Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Verwirklichung einer mit dem Völkerbundspakt übereinstimmenden Regelung.

2) China verlangt, dass alles getan werde, was in der Macht der Vollversammlung liegt, um schützend die Einstellung jeder feindseligen Handlung auf seinem Gebiet und die Zurückziehung der eingedrungenen Truppen zu erreichen, ferner die friedliche Regelung jedes neueren japanischen Streitfalls im Rahmen der Ratsbeschlüsse und in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspakt zu verwirklichen.

3) Wir verlangen die Feststellung, dass der Pakt gebrochen wurde.

4) Wir verlangen von der Vollversammlung die feierliche Erklärung, dass China in keiner Weise verantwortlich ist für die furchtbare gegenwärtige Lage in der Mandschurei, um Schanghai und in anderen Teilen Chinas. Sobald die Versammlung dies erklärt, hat sie die Mobilisierung jener moralischen Kräfte begonnen, dank deren, wie wir immer noch glauben, der Konflikt gelöst und beendet werden kann."

Unter stärkstem Beifall der ganzen Versammlung schloss Yen: "Als Opfer eines ungerechtfertigten und nicht provozierten Ueberfalles und selbst in dieser Stunde der Schlacht kann ich sagen, dass wir keine natürliche Feindschaft gegen das japanische Volk hegen. Wir sollten für unser gemeinsames Wohl und das Glück der Menschheit zusammenarbeiten. Deshalb verlangen wir den Frieden und die Gerechtigkeit, die durch den Völkerbundspakt vorgeschrieben sind."

SPD. In Berlin haben die radikalen Parteien in letzter Zeit wiederholt versucht zur Finanzierung des gegenwärtigen Wahlkampfes Geschäftsleute unter Drohungen zur Zahlung von Geldspenden zu zwingen. Der Berliner Polizeipräsident hat deshalb alle in Frage kommenden polizeilichen Dienststellen angewiesen, unnachsichtlich und mit aller Schärfe gegen derartige Erpressungsmanöver einzuschreiten.

SPD. Prag, 3. März (Eig. Drahtb.)

Im Mährisch-Osttrauer Kohlenrevier sollen 12 000 Bergarbeiter und 1000 Beamte entlassen werden. Ferner ist beabsichtigt die Löhne der noch in Arbeit stehenden Arbeiter um ein Drittel zu kürzen.

SPD. Paris, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Donnerstag mit 535 gegen 18 Stimmen einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zollsätze für ausländische Gummischuhe angenommen, um die heimische Industrie zu schützen. Die Einfuhr von Gummischuhen ist von 167 000 Paaren im Jahre 1928 auf 4 177 000 Paare im Jahre 1931 gestiegen. Der Gesetzentwurf ist auf die dringenden Bitten der Arbeiterschaft der Gummischuhindustrie eingebracht worden und stellt nur die Bestätigung eines zwischen französischen, deutschen, tschechischen und schweizerischen Fabrikanten abgeschlossenen Abkommens dar.

SPD. Genf, 3. März (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Nachmittagsitzung der Vollversammlung des Völkerbundes nahm nach dem Chinesen der japanische Delegierte das Wort.

Der japanische Vertreter Matsudeira begann mit der Feststellung, dass nach japanischer Meinung diese Tagung unerwünscht sei, weil die Frage, um die es sich drehe, durch die Verpflichtung Japans zu Verteidigungsmassnahmen gegen eine furchtbare Gefahr entstanden sei. Er stellte dann weiter die Ereignisse von Schanghai als Folge eines Terroraktes gegen die friedliche japanische Bevölkerung der Stadt dar. Die Truppen aus Japan zu holen und die chinesischen Truppen vorbeugend gegendern eigenen Angriffe zurückzutreiben, sei ein Akt der Notwehr gewesen. Die furchtbaren Opfer von über 7 000 Toten aus der chinesischen Zivilbevölkerung durch die japanischen Luftbombardements erklärte er als teilweise unnütz hervorgerufen infolge Unzulänglichkeit des Materials und gewisser Irrtümer in den Abwurfzielen. Weiter behauptete er, die japanischen Truppen hätten den Befehl erhalten, in ihren jetzigen Positionen zu bleiben, nachdem die Chinesen zurückgeschlagen worden seien. Am Freitag Vormittag finde eine neue Konferenz zwischen Chinesen und Japanern statt zum Abschluss eines Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten. Matdu-deira wiederholte auch die im Völkerbundsrat bereits abgegebenen Versicherungen Japans, alsbald nach erfolgter Sicherung der japanischen Bewohner von Schanghai die Landtruppen aus China zurückzuziehen, an einer Round-Table-Konferenz zur Regelung der Schanghai-Frage teilzunehmen und keinerlei Absichten auf Erreichung besonderer japanischer Vorteile zu haben.

Die japanische Regierung sei der Ansicht, dass die Mandchurei-Frage nicht zur Zuständigkeit der jetzigen Vollversammlung gehöre. Japan warte das Ergebnis der Arbeiten der Untersuchungskommission ab. Es sei unklug, in dieser Versammlung Debatten zu eröffnen über einen Gegenstand, bei dem es keine Gefahr eines Bruches gebe. Das führe nur zur Verwirrung und schade der Regelung.

Da China sich seine Entgegnungen für später vorbehielt und aus der Versammlung selbst sich niemand zum Wort meldete, wurde auf Vorschlag des Präsidenten die ganze Sache erst einmal einem Generalausschuss übertragen, in dem jedes Land einen Vertreter entsendet. So hat die Leitung von vornherein die Möglichkeit einer öffentlichen Aussprache vor der Welt ausgeschaltet, was nicht gerade günstig für das Ansehen des Völkerbundes ist. Anstelle der üblichen 6 Vizepräsidenten wurden diesmal acht gewählt, unter denen sich auch Brüning-Deutschland mit sehr hoher Stimmziffer befindet.

SPD. London, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die Schätzungen für das Ausgabenbudget der englischen Streitkräfte zeigen gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung von 5,27 Millionen Pfund. Den grössten Beitrag dazu hat das Marinebudget mit 3,44 Millionen geliefert, sodass ihr Budget jetzt 50,48 Millionen Pfund ausmacht. Das der Armee erreicht 36,49 Millionen, das der Luftstreitkräfte 17,4 Millionen. Alle drei Departements, mit der grössten Entschiedenheit aber die Marine, kommentieren die Abstriche dahin, dass sie kaum noch mit den Aufgaben der Streitkräfte vereinbar seien und sich nur durch die von seiten der Staatskasse erzwungene Sparpolitik rechtfertigen liessen. Einschliesslich der Ersparungen bei der zivilen Verwaltung haben sich die englischen Staatsausgaben nach der Schätzung für das Finanzjahr 1932/3 um 78 Millionen Pfund gegenüber dem Vorjahr vermindert. Das ist um 8 Millionen mehr, als bei der Einbringung des Notbudgets im September 1931 vorgesehen war.

SPD. London, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die Vorschläge der Reorganisationskommission für den grössten Schifffahrtskonzern der Welt, die in Schwierigkeiten geratene Royal Mail, sehen die Aufteilung der Flotte der neuen Hauptgesellschaft auf zwei grosse Unternehmen vor. Eine Gesellschaft mit 52 Schiffen soll den Dienst nach Südamerika, die andere mit 55 Schiffen den Dienst nach Westafrika und den übrigen in dieser Richtung gelegenen Bestimmungsorten übernehmen.

SPD. Genf, 3. März (Eig. Drahtb.)

In Interlaken wurde am Donnerstag ein Haus durch Kurzschluss ingeäschert wobei eine Frau in den Flammen lebendig verbrannte.

SPD. London, 3. März (Eig. Drahtb.)

Die Warnung, die im englischen Unterhaus gegenüber den Beschränkungen englischer Kohle an die deutsche Adresse gerichtet wurde, ist vom englischen Handelsamt deswegen so ernst gemeint, weil das Amt die Ueberzeugung hat, dass die Beschränkungen eine Diskriminierung der englischen gegenüber der polnischen Kohle bedeute. Die Aeusserung des Handelsminister stellt aber noch nicht die Erklärung eines Zollkrieges dar. Zunächst wurde der englische Botschafter in Berlin beauftragt, in dieser Frage bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden. Man versichert im Handelsamt, dass man für die besonderen Schwierigkeiten Deutschlands volles Verständnis habe, wogegen man sich wehre, sei eine Benachteiligung Englands zugunsten anderer Importländer.

Handelsminister Runciman hat am Donnerstag bei einem Frühstück als Gast der ausländischen Pressevertreter in London die Hoffnung ausgesprochen, dass die englischen Zölle sich als Mittel erweisen würden, um den Welthandel wieder in Kanäle zu lenken. Als seine persönliche Ueberzeugung erklärte er, dass nur eine Aufhebung des "Einbahnverkehrs", dem die politischen Zahlungen der Reparationen und Kriegsschulden bedeuten, ein grosser Schritt vorwärts sein würde.

SPD. Gladbeck, 3. März (Eig. Drahtb.)

Von den sieben Schwerverletzten einer Schlägerei, die am Mittwoch abend vor einer nationalsozialistischen Versammlung entstanden war, ist am Donnerstag-Abend ein 21-jähriger Kommunist seinen Verletzungen erlegen. Ein Oberschenkelschuss hatte einen solchen Blutverlust zur Folge, dass er nicht mehr zu retten war. Der Reichsbannermann Paul Knietsch, der im Saale einen Schlag mit einem Kegel auf den Kopf erhalten hatte, ist so schwer verletzt, dass mit seinem Ableben stündlich gerechnet werden muss. Ein Kommunist und ein SA-Führer, die sich gegenseitig beschuldigen, Schusswaffen gebraucht zu haben, wurden verhaftet.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Leninkreuz für Hitler.

SPD. Der Tschekamörder Felix Neumann, eine typische Verbrechergesellschaft aus den wildesten Zeiten der kommunistischen Partei, reist von Ort zu Ort, um in Propagandaversammlungen für die Nazis und für die Wahl Hitlers zu agitieren. Nachdem er in Baden und Württemberg Redeverbot hat, wird er in Bayern unter falschem Namen in nationalsozialistische Versammlungen eingeführt, damit die Polizei nicht eingreift. Er spricht in der Debatte, nachdem er das Lokal wieder verlassen hat, teilt der nationalsozialistische Versammlungsleiter voll Stolz mit, dass die nationalsozialistische Versammlung die Ehre gehabt habe, den früheren Kommunisten und Tschekamörder Neumann zu hören.

Neumann hat inzwischen einen Konkurrenten erhalten. In der "Fränkischen Zeitung" in Ansbach wurde ein grosses Inserat für eine nationalsozialistische Versammlung veröffentlicht, in der Propaganda für die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten gemacht werden sollte. Als Redner wurde empfohlen:

"Karl Klötzner, Elektromonteur aus Chemnitz (in Tschekauniform) ehemaliger Kommunisten- und Tschekaführer, Inhaber des Leninkreuzes, des Scharfschützenabzeichens der Tscheka und des Internationalen Kongressabzeichens."

Vom Fememörder Heines ist die Nationalsozialistische Partei auf Tschekamörder und Inhaber des Leninkreuzes verfallen. Die Parole heisst nicht mehr: Mit den Fememördern gegen die Republik, sondern: Mit dem Leninkreuz für Hitler gegen die Republik!

Aber welcher Unterschied ist zwischen diesen kommunistischen Renegaten, die offen für Hitler Propaganda machen und der Kommunistischen Partei, die durch ihre Thälmann-Kandidatur die Sache der Nationalsozialisten fördert? Auch für sie gilt: Mit dem Leninkreuz für Hitler!

Der Achselhöhlengermane.

Am vergangenen Sonntag hatte Adolf Hitler wieder einmal das Bedürfnis, seine Meinungen und Gefühle der Auslandspresse vorzutragen. Er liess die ausländischen Pressevertreter in Berlin in seine Residenz, das feudale Hotel Kaiserhof, bestellen. Da der Grössenwahn ihn bereits stärker ergriffen hat als Wilhelm II. liess er die ausländischen Journalisten über eine Stunde warten. Die Auslandsjournalisten beschwerten sich über diese Behandlung empört bei Hitlers Pressechef Hanfstängl. Als dann Hitler erschien, trat ein grosser, blonder Amerikaner von nordischem Typ auf Herrn Hanfstängl zu und sagt: "Ich sehe, dass Herr Hitler dunkle Haare hat, wie verträgt sich dies mit der germanischen Rassetheorie?" Hitlers Pressechef Hanfstängl antwortete: "Hitler hat allerdings dunkles Haupthaar, aber in den Achselhöhlen hat er blonde Haare".

Die Mordhetze.

Banditen des Köpferollers Hitler haben einem führenden Sozialdemokraten in Steinach in Thüringen den folgenden Drohbrief in Gedichtform zugesandt:

"Wir wünschen Dir in diesem Jahr
den Totengruss für immer dar."

Zwei Handgranaten von der Strasse aus
genügen Dir vollkommen in Dein Haus
Auch stecken wir Dein Kopf auf den Zaun
Den Publikum zur Schau:
"Du brauchst nicht zu lachen ohne Scherz
dran glauben muss dein Genosse Lärztz.
Auch Krankenkassenbonzen und Consum
die Köpfe drehen wir euch rum
die kommen dann auf einen Pfahl
so haben sie ein schönes Denkmal
ihr habt noch Frist bis zum 15. März
es ist ohne Scherz
Wir rufen dann mit euch ist aus
und schreiben mit euern eigen Blut an euer Haus
Deutschland erwache! Heil Hitler
Mit den Kommunisten machen wir es nicht viel besser,
die schlachten wir bis aufs Messer.
Heil Hitler
Deutschland erwache."

Alles natürlich ganz legal! Hitlers Gesindel wird sich wundern, was geschehen wird, wenn sie ernst machen wollten!

Ein Adolfsritter.

Vor dem Schwurgericht München stand der 25 Jahre alte, aus Zwickau stammende Kaufmann Karl Flohr. Er ist begeisterter Nationalsozialist und hisste mit Vorliebe auf seinem Grundstück auf einem langen Mast die Hakenkreuzflagge. Er lebte mit seinem Nachbarn, einem Landwirt in Unfrieden. Eines Morgens lauerte er mit der Pistole in der Hand dem Nachbarn auf, schoss ihn kaltblütig ab und rief dem am Boden liegenden Schwerverletzten zu: "So, du Lump, jetzt verrecke, ich wünsche Dir einen seligen Tod" und entfernte sich dann unter höhnischem Lachen. Der Verletzte liegt heute noch zwischen Leben und Sterben. Der begeisterte Anhänger Hitlers, ein echter Adolfsritter, kam mit der unglaublich milden Strafe von fünf Jahren Zuchthaus davon. Den können sie in Hitlers SA und SS also noch gut gebrauchen. Den Befähigungsnachweis hat er erbracht!

Die Subventionisten der Republik.

Wir lesen im "Völkischen Beobachter" zwei Anzeigen. Die eine ist eine gross aufgelegte Todesanzeige für einen gewissen Major a.D. Bachelin, den Direktor der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen Berlin-Wannsee, unterzeichnet und aufgegeben vom Präsidenten der Versuchsanstalt. Die zweite wirbt Jungmannen für Aufbaukurse der Norddeutschen Marineschule F.V. Bremen. Es wird dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Norddeutsche Marineschule Kameradschaft und Disziplin unter der alten schwarzweissroten Marineflagge pflegt und dass für Unbemittelte eine Beihilfe von täglich zwei Mark aus Mitteln des Freiwilligen Arbeitsdienstes nach dem Reichsgesetz vom 5. Juni 1931 beantragt werden könne.

Sowohl die Versuchsanstalt als auch die Norddeutsche Marineschule F.V. gehören zu den Subventionisten der Republik. Wieder ein drastisches Beispiel dafür, wie republikanische Behörden die Todfeinde der Republik grosszüchten!

Aus aller Welt

Makembe und Mukume.

"Schwarzer Tag" vor einem Berliner Gericht.

SPD. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der Neger-Artist Makuri Peter Makembe wegen fortgesetzter schwerer, teils vollendeter gemeinschaftlicher Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Makembe ist auf der Moabiter Angeklagebank kein Neuling. Er stammt zwar aus Duala, und als Artist steht ihm gewissermassen die ganze Welt offen - aber mit Vorliebe schreitet er doch die Wege des Unrechts, die eben selbst bei Negeren, wenn sie erwischt werden, im Strafgefängnis enden...

In fließendem Deutsch erzählt der jetzt 40-jährige Angeklagte, der bereits vor dem Kriege nach Hamburg gekommen war, sein Leben. Zuerst verdiente er jahrelang sein Brot als Sprachlehrer im Kolonialinstitut, später als kaufmännischer Vertreter, dann als Revuetänzer und schliesslich als - Falschmünzer: Makembe versuchte gemeinsam mit seinem schwarzen Freund Wilhelm Mukume in Berlin gefälschte Fünf-Pfund-Noten an den Mann zu bringen. Aber obschon sich Makembe damals als "Gesandten des Königs von Accra" in Britisch-Westafrika bezeichnete, stiess er auf Misstrauen, das sich als berechtigt erwies: die Falschgeldstelle liess die beiden Schwarzkünstler verhaften und der Richter liess sie auf 1½ bzw. 3 Jahre ins Gefängnis wandern.

Nun entsteht in Makembes Selbstbiographie eine Lücke. Das Gericht glaubt sie aus eigener Kenntnis ausfüllen zu können. Gemeinsam mit seinem Kollegen Mukume führte Makembe Anfang Januar in Antwerpen einen kühnen Streich aus. Beide traten als angebliche Gesandte des Kaisers von Abessinien auf. Ihr zwar falscher, aber eindrucksvoller Titel und eine stets mitgeführte dicke Aktenmappe verhalfen ihnen zu den grössten Krediten. Auch in Antwerpen imponiert ein Hauptmann von Cöpenick, es darf selbst ein schwarzer, ja: es dürfen selbst zwei sein. Makembe und Mukume kassierten dicke Provisionen, die sie sich auf gnädigst erteilte Aufträge auszahlen liessen: mehrere Antwerpener Geschäftsinhaber buchten grosse Bestellungen auf Lastwagen mit Raupenschlepper für die afrikanische Wüste, kleinere Lieferwagen für den Wirtschaftsbetrieb des abessinischen Kaiserhofs, ferner auf 900 prunkvolle Livreen für die Bedienten des abessinischen Kaisers... und was es in Wirklichkeit mit diesen Aufträgen auf sich hatte, das merkten die schlaunen Kaufleute erst, nachdem ein vorsichtiger Bankangestellter, der zur Einkassierung eines gefälschten Schecks über 600 Pfund Sterling nur wenig Lust zeigte, die Verhaftung des einen der beiden Gesandten veranlasste. Mukume war der Unglücksrabe; Makembe flüchtete, ihn fasste die Polizei erst jetzt in Berlin. Er selbst behauptet allerdings, seinen Freund Mukume überhaupt nicht zu kennen. Die Berliner Kriminalpolizei glaubt aber besser im Bilde zu sein; sie stellte fest, dass die Beiden auch schon in Berlin versucht hatten gefälschte englische und abessinische Traveller-Schecks in Zahlung zu geben.

Ueber diese deutsche Betrugsaffäre soll also jetzt das Berliner Gericht ein Urteil fällen. Makembe will ganz unschuldig sein. Die Anklage legt ihm speziell zur Last, dass Makembe gefälschte Traveller-Schecks auf amerikanische und kanadische Banken, die auf die Namen "Selassi I. von Abessinien" oder für den kaiserlich-abessinischen Staatssekretär ausgestellt waren, in Verkehr gebracht

habe. Die Anzeige war durch einen Berliner Druckereibesitzer erfolgt, bei dem Makembe gemeinsam mit Mukume weitere Vordrucke für Traveller=Schecks und Ausweise bestellten wollte.

Dem Richter erklärt Makembe nun, dass er bisher garnicht gewusst hätte, was für ein Verbrechen ihm zur Last gelegt werde. In Wirklichkeit lägen die Dinge so: er hätte Mukume Geld geborgt und sei gezwungen gewesen, ihn dauernd zu begleiten und seine Anweisungen auszuführen. Den Sinn dieser Anweisungen hätte er garnicht verstanden...

Eine schöne Geschichte. Aber das Gericht hat sie nicht geglaubt.

"Bayern" aufgelaufen. Beim Hafeneingang von Leixoes (Portugal) ist der deutsche Dampfer "Bayern" auf einen Felsen aufgelaufen. Die "Bayern" befindet sich auf der Reise nach Buenos Aires.

Raubmord in Berlin. In einem Hause in Berlin N. wurde der 37 Jahre alte Pouragehändler Julius Meyerhardt hinterrücks erschossen. Die Täter erbeuteten eine braune Aktentasche mit 900 Mark Inhalt. Unter dem Verdacht der Tat bzw. der Beihilfe wurden drei Insassen eines Männerheims verhaftet. Einer der Verhafteten, ein früherer Angestellter des Ermordeten, hatte bereits dem Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei vor einigen Tagen den Tip gegeben, dass auf den Ermordeten ein Raubüberfall geplant sei. Die Verhafteten bestritten jede Schuld; ihr Alibi wird nachgeprüft.

"Das Baby der Nation". In USA ist die Suche nach dem geraubten Baby Lindberghs zu einer Volksbewegung geworden. Die Zollstellen, die Einwanderungsstellen und die Prohibitionsämter wurden von der Regierung veranlasst, die Grenzen zu kontrollieren und die ausfahrenden Schiffe zu durchsuchen. Der im Gefängnis sitzende Schmugglerkönig Al Capone stiftete von seinem Privatvermögen die Summe von 10 000 Dollar für die Auffindung des Kindes und die Verhaftung der Entführer. In einem in allen Zeitungen und Radiosendern verbreiteten Aufruf teilt Frau Lindbergh den Entführern die für ihr Kind gewünschte Diät mit. Lindbergh erhielt eine Postkarte, auf der ihm in Druckbuchstaben mitgeteilt wurde: "Baby ist in Sicherheit, Instruktionen folgen später, Handelt danach!"

Legal zurückgetreten! Der Intendant des Staatstheaters in Berlin, Ernst Legal, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der preussische Kultusminister Dr. Grimme hat dem Ersuchen stattgegeben. Legal stand zwei Jahre lang mit wechselndem Glück an der Spitze der beiden Berliner Schauspiel=Staatstheater (Schauspielhaus am Gendarmenmarkt und Schillertheater). Ueber seinen Nachfolger sind vielerlei Kombinationen im Umlauf. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefällt.

200 000 Mark=Gewinn. Bei der Donnerstag=Ziehung der Preussisch=Städtische Klassenlotterie wurden auf das Los 124 277 zwei Mal je 100 000 Mark gezogen. In der ersten Abteilung wird das Los in Vierteln in Sachsen, in der zweiten in Achtein in Hannover gespielt.

Selbstjustiz... Bei den Nachforschungen nach dem Mörder an dem Bahnhofsvorstand Jakob Veit in Sondelfingen bei Reutlingen wurde als Täter der verheiratete 26=jährige Modellschreiner Wilhelm Weiss in Reutlingen=Gmindersdorf festgestellt. Weiss sollte in seiner Wohnung verhaftet werden, hat aber dort unmittelbar vor seiner Festnahme durch Einatmen von Gas Selbstmord verübt. Ein an dem Mord mitbeteiligter 25=jähriger Hilfsarbeiter aus Reutlingen befindet sich in Haft.



Macht Bauholz aus Treibholz!

Werbewettbewerb des ZdA.

SPD. Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet ab Februar bis Ende Mai einen grossangelegten Werbewettbewerb. Alle männlichen und weiblichen Angestellten, ob im Laden, Kontor oder Büro, ob im Privatbetrieb, ob in der Sozialversicherung oder bei Behörden müssen sich für diesen Werbewettbewerb interessieren und dem ZdA anschliessen.-

Die Angestellten können eine andere stärkere Stellung im Staat und in der Wirtschaft einnehmen, wenn sie die Zeichen der Zeit verstünden. Ihre Zahl ist in den letzten Jahrzehnten im Gegensatz zu der der Arbeiter wesentlich kräftiger gestiegen. Von ihrem Einfluss kann man das nicht behaupten. Die Arbeiter haben in richtiger Erkenntnis ihrer sozialen Lage sich zu Millionen in den freien Gewerkschaften organisiert. Damit stieg ihr Einfluss. Den Angestellten kann man nicht das gleiche gute Zeugnis ausstellen. Gewiss befinden sich bereits mehrere 100 000 Angestellte in den Verbänden, die dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund angeschlossen sind. Aber das ist nur ein Teil der Masse der Angestellten. Gewiss ist die Angestelltenschaft durch die Verstärkung ihres Gewichts in der Wirtschaft ein Faktor geworden, mit dem das Unternehmertum und die mit ihm verbündeten politischen Kräfte heute mehr rechnen müssen als früher. Aber das alles kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass zwischen der zahlenmässigen Stärke der Angestelltenschaft und der Stärke ihres Einflusses im öffentlichen Leben ein arges Missverhältnis besteht. Das kann und darf nicht ewig so bleiben.

Die grosse Masse der Angestellten und vor allem die Älteren unter ihnen, befinden sich heute in einer höchst unsicheren Lage. Die Arbeitgeber haben, wie die Reichsanstalt in ihrem dritten Bericht für 1930, also für eine Zeit, wo die Verhältnisse noch nicht so schlimm waren wie heute, mitgeteilt, dass die Arbeitgeber als oberste Altersgrenze vielfach das 25. Lebensjahr gefordert haben. Die Arbeitsämter konnten innerhalb der gewünschten Altersstufe Bewerber, die den gestellten Anforderungen genügen, nicht immer zuweisen, weil die tatsächlich geeigneten Bewerber meist jenseits der gewünschten Alters- und Tarifgrenze stehen. Das hat die Arbeitgeber jedoch nicht abgehalten, immer wieder zu versuchen, mit möglichst jugendlichen Arbeitskräften auszukommen. Am 30. November 1930 waren bei den Arbeitsämtern 57 162 männliche und 8 775 weibliche Angestellte über 40 Jahre gemeldet. Die Schwierigkeiten der Unterbringung beginnen aber schon bei einer Altersgrenze von 30 Jahren.

Also in einem Augenblick, wo der Mensch erst zur richtigen Entfaltung seiner Arbeitskraft kommt, will man den Angestellten bereits zum alten Eisen werfen. Der Angestellte von heute ist und bleibt jedoch in 90 % der Fälle Angestellter sein ganzes Leben lang. Früher war das Angestelltensein häufig kein Lebensberuf, sondern nur ein Uebergang zu späterer Selbständigkeit. Das hat sich gründlich geändert. Der Angestellte von heute ist eine abhängige Existenz. Er ist Proletarier, wenn er das auch in vielen Fällen nicht wahrhaben will. Restlose Organisierung ist daher heute auch für seine Berufsschichten mehr denn je die Voraussetzung zur Sicherung der Existenz und für den sozialen Aufstieg.

Das Angestelltenschicksal ist nicht hoffnungslos. Schon ist die geistige Unternehmerfunktion in wachsender Masse vom Unternehmer, der ja teilweise nicht mehr persönlich in die Erscheinung tritt, auf die Angestellten übergegangen. Heute ist das Unternehmertum seine Funktionäre und Organisationsträger auch für die geistige Arbeit, und immer mehr Angestellte werden gebraucht für die administrative für die konstruktive Arbeit, für die ganze Vorbereitungsarbeit, die der Produktionsprozess erfordert. Auch ausgesprochene Leitungsarbeit ist heute in weitgehendem Masse Aufgabe von Angestellten und nicht mehr Aufgabe von Unternehmern. Ohne Zweifel liegt im Zug der Entwicklung eine bedeutsame Stärkung der wirtschaftlichen Funktion des Angestellten.

Die Angestelltenbewegung hat eine Zukunft, wenn die Angestellten wollen. Sie brauchen nur zuzupacken. Stattdessen aber irrluchtern viele von ihnen sogar in faschistischen Gedankengängen. Diese Verirrung und Verwirrung macht praktisch die Angestelltenschaft erst recht zu einem Spielball der Unternehmerwillkür. Der Angestellte wird in vielen Betrieben heute vom Unternehmer mit noch viel grösserer Missachtung behandelt als der Arbeiter. Warum? Der Unternehmer weiss, dass hinter dem Angestellten nicht die Organisationskraft steht wie hinter dem Arbeiter.

Nichts ist schwerer für den Menschen, als sich von Illusionen freizumachen. Der Angestellte ist dafür ein lebendiges Beispiel. Selbsterkenntnis ist meist eine bittere Erkenntnis - auch die Selbsterkenntnis einer sozialen Klasse oder eines Zweigs dieser Klasse. Und doch - auch die Angestellten werden die bittere Medizin schlucken müssen; denn sie können nur Seite an Seite mit dem Arbeiterproletarier ihren Weg zum Aufstieg freimachen. Und am durchgreifendsten können sie das nur in der freien Angestelltenbewegung, weil hier die Klassengemeinschaft mit der Arbeiterschaft eine Selbstverständlichkeit ist. Solange der Angestellte nach der Spitze der Gesellschaft schiebt, obwohl er mit beiden Füßen in ihrer Tiefe steckt, wird er unten stehen bleiben. Erst wenn er weiss, wo er steht, dass er unten steht, wird er nach oben kommen.

SPD. Der Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere warnt im Hinblick auf die an Ostern eintretenden Schulentlassungen von neuem dringend alle Eltern davor; ihre etwa seelustigen Söhne die seemännische Laufbahn ergreifen zu lassen. Die Verhältnisse in der Handelsflotte seien so schlimm geworden, dass junge Leute mit dem Befähigungszeugnis für den Schiffsoffizier und Kapitän glücklich sein müssten, wenn sie eine Wiederanstellung als Matrose finden. Schon seien 220 Schiffe aus dem Dienst gezogen. Ihre Besatzungen seien entlassen; 220 Kapitäne, 900 Schiffsoffiziere, 700 Schiffssingenieure und 8000 Schiffsmannschaften seien ohne Stellung. Durch Abwracken solle der Schiffsbestand der Handelsflotte herabgesetzt werden. Damit werde ein nennenswerter Teil der stellungslosen Seeleute aller Grade endgültig von der Aussicht auf Wiederanstellung ausgeschlossen. Der verbleibende Teil genüge auf Jahre hinaus, um jede höhere oder niedere Stelle an Bord zu besetzen. Trotz dieser täglich noch schlechter werdenden Verhältnisse seien in den letzten drei Jahren wieder 800 junge Schiffsoffiziere mehr hinzugekommen, als in der Handelsflotte jemals untergebracht werden könnten. Rund 6 000 Mark und 5 Jahre Fahrzeit als Matrose hätten diese jungen Leute aufwenden müssen, um die Berechtigung zum Dienst als Schiffsoffizier zu erwerben. Zeit und Geld seien vergeblich aufgewandt worden.

SPD. Der Reichsinnenminister, der an alle Parteien des Reichstags die Mahnung gerichtet hat, ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung der wahlunmündigen Jugend einzustellen, könnte auch von sich aus etwas zum Schutz der Jugend gegen Verhetzung tun. Dieser Verhetzung sind am gefährlichsten die Jugendlichen Arbeitslosen ausgesetzt. Unter ihnen suchen die Demagogen der Kommunisten und Nationalsozialisten vor allem ihre Beute, und der jugendliche Erwerbslose, der in einem von der "Berliner Morgenpost" veröffentlichten "Appell an Groener" auf diese Gefahr aufmerksam gemacht hat, spricht bestimmt für Tausende und Abertausende seiner Leidensgenossen. "Was wir Jugendlichen" - so heisst es in dem Appell an Groener - "vor allem wünschen, ist die Möglichkeit einer Betätigung, und was wir Jugendlichen vor allem bedauern, ist, dass man für unsere physische und geistige Not so wenig Verständnis hat. Wenn man uns schon keine Arbeit geben kann, so soll man doch wenigstens etwas tun, um unseren Geist nicht brachliegen zu lassen."

Im Herbst des vergangenen Jahres haben die Gewerkschaften von der Regierung die Bereitstellung von Mitteln für eine kulturelle Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen gefordert. Das Reichsarbeitsministerium liess damals durchblicken, dass mit der Bereitstellung von 1 Million Mark für diesen Zweck gerechnet werden könne. Federführend in dieser Frage ist jedoch das Reichsinnenministerium. Bis zur Stunde ist die Finanzierung der kulturellen Betreuung der Jugendlichen Erwerbslosen noch immer nicht erledigt. Der Winter ist bald heram, und geschehen ist nichts.

SPD. Der Vorsitzende des nordfranzösischen Grubenarbeiterverbandes, Abgeordneter Maes, hat den französischen Ministerpräsidenten um eine Unterredung gebeten. Er will die Regierung von neuem auffordern, endlich die versprochenen Massnahmen gegen die Überschwemmung des französischen Marktes mit fremder Kohl durchzuführen und die Grundlinien einer nationalen Kohlenpolitik festzulegen.

Ueber die Krise der französischen Kohlenindustrie gibt eine soeben veröffentlichte neue Statistik ein etwas klareres Bild. Im Monat Januar wurden 3,8 Millionen Tonnen Kohle gefördert gegen 4,1 Millionen Tonnen im Dezember und 4,6 Millionen Tonnen im Januar des vergangenen Jahres. Die tägliche Förderung ist von 160 678 Tonnen im Dezember auf 153 594 Tonnen im Januar gesunken. Die Verringerung der Zahl der Arbeiter spielt dabei keine grosse Rolle. Sie beläuft sich bei einer Gesamtbelegschaft von rund 275 000 Mann nur auf 2 500 Arbeiter.

+

Der nächste Internationale Bergarbeiterkongress findet im August in London statt. Neben der Frage der internationalen Kohlenverständigung sollen vor allem die Probleme des Erz- und Kaliberbaues beraten werden, die in der letzten Zeit unter dem Druck der Kohlenfrage in den Hintergrund getreten waren.

Der Kongress wird auch den Vorstand neu wählen, der durch das Ableben der englischen Bergarbeiterführer Cook und Richards merkliche Lücken aufweist. Der belgische Vizepräsident De Jardin führt als Aeltester einstweilen die Verbandsleitung.

SPD. Das Kollektivabkommen für die Metallindustrie in Oberhessen und im Lahngau, das die allgemeinen Arbeitsbedingungen enthält, ist vom Arbeitgeberverband zum 30. April gekündigt worden.



Senkt die Pachten!

Die Sozialdemokratie fordert schnelle und wirksame Hilfe.

SPD. Die Rechtsparteien einschliesslich der Nationalsozialisten bestürmen die Regierung von Tag zu Tag, den Grossagrariern und dem Grossgrundbesitz neue Liebesgaben zuzuschancen. Neue Zölle und neue Subventionen werden gefordert. Leider bekümmern sich diese Parteien sehr wenig um das traurige Los der Pächter. Und doch steckt diese Wirtschaftsschicht in fürchterlicher Not. Die Lage der Pächter ist geradezu katastrophal. Wenn die Erzeugerpreise für Vieh, besonders für Schweine, für Milch und für Eier äusserst tief liegen und unter den Friedenspreis gefallen sind, sodass die Betriebe unrentabel werden, wird gerade davon der Pächter betroffen. Er ist in erster Linie in der Viehproduktion, in der Erzeugung von Milch und Eiern tätig. Trotzdem verlangt man vom Pächter, dass er seinen Verpflichtungen restlos nachkommt. Der Eigentümer ist durch den Vollsteckungsschutz gesichert. Ähnliche Sicherungen gibt es für den Pächter nicht. Kommt er seinen Verpflichtungen nicht nach, dann kann er sich darauf verlassen, dass er zum nächsten Termin die Kündigung erhält. Die Agrarkrise hat den Pächterstand am härtesten getroffen. Ihn hat aber die Regierungshilfe vergessen. Das muss einmal klar und deutlich festgestellt werden.

Der Pächter will keine Subventionen und keine Liebesgaben. Er will nur, dass seine Leistungen seiner wirtschaftlichen Kraft angepasst werden. Hier kommt besonders die Anpassung der Pachtpreise an die gesunkene Rentabilität der Betriebe in Frage. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat bereits im Oktober 1931 einen Antrag eingebracht, in dem eine sofortige Senkung der Pachtpreise um 2 Prozent gefordert wurde. Dieser Antrag hätte den Pächtern wirksame Hilfe bringen können. Die Regierung hat diesen Antrag wohl entgegen genommen, aber bisher leider nichts getan, um die sozialdemokratischen Forderungen zu verwirklichen. Man stellte sich wieder mal stumm.

In der Zwischenzeit sind weitere Verschärfungen der wirtschaftlichen Lage der Pächter eingetreten, sodass der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Oktober 1931 überholt ist. Wenn man die Verschärfungen berücksichtigt, dann muss die Senkung der Pachten unbedingt ein Drittel betragen. In diesem Sinne ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch bei der Regierung mit aller Energie vorstellig geworden. Sie hat erreicht, dass man im Arbeitsministerium noch in diesem Monat eine Verordnung über die Pachtpreissenkung herausbringen wird. Es ist noch nicht bekannt, wie diese Verordnung aussieht. Soll sie aber wirksam werden und soll sie wirkliche Abhilfe schaffen, dann muss man von ihr folgendes erwarten: Einmal muss die Senkung der Pachtpreise zum mindesten ein Drittel betragen. Des anderen muss die Verordnung einen Kündigungsschutz enthalten. Aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren wäre es überhaupt zweckmässig, wenn anstelle der Pachteingangsämter eine objektivere Instanz träte. Dadurch wäre schon viel gewonnen. Im übrigen ist die Bestimmung notwendig, dass Kündigungen nur dann erfolgen dürfen, wenn böswilliges Verschulden oder nachweislich schlechte Bewirtschaftung vorliegen. Man darf auch die Erwartung aussprechen, dass die Regierung alles darauf anlegt, das Ventil der Siedlung nicht zu verschliessen. Gerade in den Landstrichen Deutschlands, wo der Pächter zu Hause ist, besteht ein ungeheurer Landhunger. Er kann z.T. durch die Siedlung befriedigt werden. Drosselt man die Siedlung, so steigt natürlich die Nachfrage nach Land und das

muss die Pachtpreise in die Höhe treiben.

Wir haben kurz skizziert, was man von der bevorstehenden Verordnung des Reichsarbeitsministeriums erwarten muss, Kommt man diesen Forderungen nicht schnell und wirksam nach, dann wird man mit einer Katastrophe rechnen müssen. Es handelt sich aber bei den Pächtern um ein sozial und wirtschaftlich wertvolles Material, das unter keinen Umständen geopfert werden darf. Hilfe ist hier unbedingt notwendig und Hilfe muss kommen!

SPD. Der Berliner "Bierstreik" ist schnell zu Ende gegangen. Am Donnerstag morgen begannen die Brauereien wieder mit dem Ausfahren von Fassbier. Gegen Mittag wurde in fast allen Lokalen der Innenstadt Bier ausgeschänkt. Grosse Lokale hatten bereits am Mittwoch abend die Sperre aufgehoben. Man hat den Eindruck, dass dieser merkwürdige Streik sicher Ende dieser Woche zusammengebrochen wäre, auch wenn die Organisation der Gastwirte die Aktion nicht abgeblasen hätte.

Am Donnerstag mittag fanden Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit der Organisation der Gastwirte statt. In diesen Verhandlungen hat das Reichsfinanzministerium seine Zusage erneuert, die Biersteuer zu senken, selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass der Bierstreik beendet wird. Im Reichsfinanzministerium denkt man sich die Biersteuersenkung so, dass in den Fällen, wo die Biersteuer insgesamt 22 Mark pro Hektoliter ausmacht, eine Senkung um 7 Mark in Kraft tritt. Bei niedrigeren Sätzen will man eine Staffelung vornehmen. Das Reichsfinanzministerium hat nochmals darauf hingewiesen, dass die Steuersenkung eine Bierpreissenkung bedingt.

Man steht also jetzt wieder dort, wo man vor Ausbruch des Bierkriegs in der vorigen Woche gestanden hat und fragt sich, weshalb eigentlich der Bierkrieg inszeniert wurde. Soweit die Steuersenkung in Frage kommt, liegen die Dinge so, dass sich das Reich mit den Gemeinden in die Steuersenkung teilen will. Um eine entsprechende Regelung durchzuführen, sollen Verhandlungen mit den Länderregierungen stattfinden. Vorläufig aber weiss man noch nicht, wie Reich und Länder die Löcher, die durch den Biersteuerausfall in den Einnahmen gerissen werden, stopfen wollen. Schlimm steht es besonders um die Finanzen der Gemeinden. Auf den Gemeinden lastet die Fürsorge für die Erwerbslosen. Andererseits mutet man ihnen einen empfindlichen Steuerverzicht zu. Würde man z.B. die zugesagte Biersteuerermässigung von 7 Mark in Berlin so verteilen, dass die Berliner Finanzen mit 3 Mark belastet werden, so bedeutet das einen Verlust der rund den Einnahmen aus der Getränkesteuer entspricht. Dazu kommt, dass die Gastwirte weiter die Abschaffung bzw. die Milderung der Getränkeverzehrer fordern. Uns ist es völlig unklar, wie die drohenden Ausfälle bei den Gemeindefinanzen ohne Hilfe des Reiches und der Länder überhaupt wieder gut gemacht werden sollen. Dass aber Länder und Reich selbst leere Taschen haben, ist ein offenes Geheimnis. Man hat gesagt, der Bierstreik in Berlin würde gegen die Erwerbslosen geführt. Macht man sich die Folgen der Biersteuersenkung auf die Gemeindefinanzen klar, dann erhält dieser Ausspruch schon seine Berechtigung.

Ueber das Ausmass der Preissenkung scheinen in Finanzministerium keine bestimmten Richtlinien vereinbart worden zu sein. Wenn es nach den Gastwirten geht, wird man sich höchstens dazu bequemen, die von dem Preiskommissar Dr. Goerdeler angeordnete Preissenkung durchzuführen. Der Unterschied ist nun der, dass jetzt Reich und Gemeinden die Preissenkung tragen. Dabei ist mit dieser Preissenkung niemandem gedient, weder dem Gast, noch dem Wirt und ganz sicherlich nicht den Brauereien. Jede Preissenkung muss doch den Sinn haben, durch Verbilligung der Ware den Konsum anzuregen. Diesen Sinn hat die Bierpreissenkung in dem Ausmass, wie sie von Dr. Goerdeler angeordnet wurde und wie sie wahrscheinlich jetzt vorgenommen wird, nicht. Sicherlich, die Biersteuer, die in kurzer Zeit unter Druck der zusammenschrumpfenden Steuererträge und unter

Druck der Aufwendungen für die steigenden Arbeitslosenheere schnell hinter= einander empfindlich erhöht werden musste, hat ungünstig auf den Bierverkauf eingewirkt. Die Preispolitik der Brauereien, denen es nicht ganz so schlecht geht wie den Reichs= und Gemeindegassen, und wie den Arbeitslosen, hat nichts getan, das Uebel zu mildern. Eine vernünftiger Preispolitik, worin wir auch die Mieten einbegriffen wissen wollen, die die Wirte gerade in den grossen Städten zu zahlen haben, hätte die Krise im Gastwirtsgewerbe mildern und ab=biegen können. Der Berliner Bierstreik richtete sich im Anfang auch gegen die Brauereien, gegen das Braukapital, wie man verschiedentlich in den Streikaufrufen der Gastwirte lesen konnte. Dann schlugen sich auf einmal die Brauereien in der Lage der Gastwirte und "machten mit". Wir sind neugierig, was die Brauereien aus dieser Aktion hinsichtlich einer vernünftigen Preispolitik gelernt haben. Allerdings haben wir Erfahrungen genug auf diesem Gebiete gesammelt, um grosse Hoffnungen zu hegen.

Der Bierstreik in Berlin selbst war eine Sache für sich. Die Sperre ist niemals lückenlos durchgeführt worden. Wer genügend Kleingeld hatte, konnte es überall, in jedem Stadtteil und zu jeder Tageszeit in Bier umsetzen. Bier gab es vor allem in den besseren Lokalen. Schlimm ging es jedoch dem kleinen Wirt, der hohe Mieten und Pachten zahlen muss und dem es jetzt in der Krise, wo der Alkoholkonsum ganz Bedeutend gesunken ist, alles andere als gut geht. Die meisten unter ihnen konnten der von Hamburg kommenden Bewegung von vornherein keinen Geschmack abgewinnen, weil eine längere Dauer des Bierstreiks ihren Ruin bringen musste. Wenn sie die Bierhähne trotzdem abstellten, dann sorgten in den meisten Fällen kommunistischer und nationalsozialistischer "Einfluss" dafür. In vielen Bezirken ist der ganze Bierstreik ja nur eine kommunistische und nationalsozialistische Angelegenheit gewesen und die Wirte fügten sich dem "sanften Zwang", ehe sie sich die Fensterscheiben einwerfen liessen oder sich noch Schlimmerem aussetzten. Das ist eine der übelsten Erscheinungen des Berliner Bierkriegs. Boykott, Zwang und Drohungen, gewalttätige Methoden, wie sie die radikale Bewegung während der letzten Jahre auf dem platten Lande entwickelt hat und durch die sie Andersgesinnte zwingt, gegen Vernunft, Ueberzeugung und eigene Interessen zu handeln, sind mit dem Berliner Bierkrieg auf die städtische Bevölkerung übertragen worden. Darüber muss man sich klar werden.

Der Bierstreik in Berlin ist zu Ende. Die Hähne laufen wieder. Man kann sich aber auch bereits ein Bild über die Verlustlisten dieses Krieges machen. Kellner, Musiker, Köche, Gastwirtsangestellte aller Art waren rund eine Woche ohne Arbeit. Dem gastronomischen Gewerbe sind ganz gewaltige Summen entgangen. Gerade die kleinen Gastwirte, die bereits mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpften, haben den Rest bekommen. Es werden in den nächsten Wochen wahrscheinlich viele Kneipen in Berlin frei werden und zu pachten sein. Der Wein, den man schnell anschaffte und meistens in Biergläsern verkaufte, hat versagt und konnte die Kundschaft nicht locken. Obwohl man die Preise möglichst tief hielt. Der Berliner ist eben kein Weintrinker. Es haben sich dort, wo der Berliner es während des Bierstreiks mit dem Weintrinken versuchte, stille Tragödien abgespielt. Die nicht nur darauf zurück zu führen sind, dass der Berliner den Wein wie das gewohnte Bier trank, sondern dass man ihm auch schlechten und verfälschten Wein kredenzte!

SPD. In Berlin hat die Handelsbank A.G., die besonders mit dem Fleischer= gewerbe arbeitete, am Donnerstag ihre Schalter geschlossen. Wie man annimmt, werden die Finleger grössere Verluste erleiden.

Weizen knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 3. März.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag wieder sehr ruhiger Verkehr. Die Umsatztätigkeit hielt sich in engsten Grenzen. An promptem Roggen wurden die üblichen Mengen russischen Roggens zu unveränderten Preisen abgegeben. Das Weizenangebot hielt sich in engsten Grenzen. Soweit Umsätze bekannt wurden, blieben auch hier die Preise unverändert. Am Markte der Zeitgeschäfte war Weizen schwächer veranlagt. Die vorderen Sichten zeigten nur wenig Veränderungen, dagegen gingen die Notierungen für Juli und September um etwa $1\frac{1}{2}$ Mark zurück. Roggen hatte hier festere Tendenz und konnte für die Frühjahrs- und Sommersichten etwa $2\frac{1}{2}$ bis 3 Mark gewinnen. September blieb im wesentlichen unverändert. Am Mehlmarkt herrscht weiter grösste Zurückhaltung. Das manipulierte Roggenmehl wird weiter abgegeben und fand Käufer. Sonst war die Stimmung bei Roggenmehl sehr ruhig. Auch in Weizenmehl hielten sich die Käufer sehr zurück. Hier waren die Forderungen der Mühlen unverändert. Für Hafer war die Stimmung fester. Abgaben der Landwirte erfolgten im allgemeinen zu höherer Forderungen, die zum grössten Teil auch bewilligt wurden.

	<u>2. März</u>	<u>3. März</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	244 - 246	244 - 246
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	178 - 185	180 - 187
Futter- und Industrierogerste	167 - 172	169 - 174
Hafer	149 - 156	151 - 158
Weizenmehl	31,25 - 34,25	31,25 - 34,75
Roggenmehl	27,30 - 28,40	27,00 - 27,90
Weizenkleie	10,00 - 10,40	10,00 - 10,50
Roggenkleie	9,85 - 10,25	9,85 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $258\frac{1}{2}$ - $258\frac{1}{2}$, Mai $265\frac{1}{2}$ Geld, Juli $269\frac{1}{2}$ - 270 Geld, September 231 Brief, Roggen März 195 - 196 , Mai $201\frac{1}{2}$ - 203 , Juli 202 - 203 Geld, September 188 - $188\frac{1}{2}$ Geld. Hafer März $168\frac{3}{4}$ - $169\frac{1}{2}$, Mai $176\frac{1}{2}$ - $176\frac{3}{4}$, Juli $182\frac{1}{2}$ - 183 .

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station vom 3. März: Weisse Kartoffeln $1,70$ - $1,80$, rote $1,90$ - $2,00$, Odenwälder Blaue $2,20$ - $2,30$, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) $2,70$ bis $2,90$ Rm. Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent $8,75$ - $9,50$ Pfg.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 3. März. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126 , II. 119 , abfallende Sorten 109 RM. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

18.

Berlin, den 3. März 1932.

Fragen des Scheidungsrechts.^x

SPD. 20 Jahre lang hatten sie gut miteinander gelebt, und nun musste es so kommen. Bevor Karl die Stelle in der Fabrik verloren hatte, wussten beide Gatten nichts von "Ehekrise". Als er jedoch eines Tages endgültig arbeitslos geworden war und nun den ganzen geschlagenen Tag in der Stube sass, da hatte die Frau bald ein unheimliches Gefühl gehabt. Zum Glück hatte sie ja noch ihre Hausarbeit und musste obendrein, weil die Unterstützung nicht reichte, wollte, Aufwartestellen ausser dem Hause annehmen. Durch die körperliche Erschöpfung infolge dieser übergrossen Arbeitsleistung und durch den Stumpfsinn der Beschäftigungslosigkeit, zu der Karl gezwungen war, kam manchmal eine gereizte Stimmung zwischen ihnen auf, die sie früher nicht gekannt hatten. Da wurde die Frau wohl gelegentlich von Angst um ihre gute Ehegemeinschaft gepackt, und sie brachte ihrem Manne aus der Stadt irgend eine kleine Ueberraschung mit: ein paar Zigarren oder Kuchen, den er immer so gern gegessen hatte, sodass sie sich manchmal über sein "Schleckermaul" lustig gemacht hatte.

Mit diesen Liebeserweisen hatte sie sich jedoch gründlich verrechnet. Karl wurde ganz giftig, wollte nichts annehmen und meinte, sie sollte ihren Verdienst für sich allein behalten. Er liess es sich nicht gefallen, dass sie vor ihm auch noch die Grossverdienerin markierte. Natürlich konnte nun auch die Frau nicht ruhig bleiben; ein Wort gab das andere, und alles, was in den letzten Jahren an Kränkung, Lebensüberdruß und Enttäuschung aufgespeichert worden war, kam nun heraus. Wie zwei erbitterte Feinde standen sie sich gegenüber, und schliesslich war es ihnen beiden eine Erleichterung, als Karl aus dem Hause lief. Aber erst am nächsten Morgen, als sie schon in ihre Aufwartestelle gegangen war, kehrte er heim, und Abends, bei ihrer Rückkehr, war er schon wieder verschwunden. Anfangs war der Frau alles gleichgültig. Erst als die lieben Nachbarn ihr haarklein berichteten, dass ihr Mann eine "Freundin" gefunden hätte, da merkte sie, was für sie auf dem Spiele stand, und wollte sich alle Mühe geben, ihn zurückzugewinnen. Sie machte ihm deshalb auch am Sonntag, als sie ihn endlich einmal wieder zu Hause antraf, keine Vorwürfe und sorgte für ihn wie früher. Aber das erbitterte Karl erst recht. Im Grunde machte er sich gar nichts aus der "Freundin", aber seine Frau reizte ihn zum Tollwerden mit ihrer Geduld und Ruhe. Er witterte dahinter die Ueberlegenheit eines Menschen, der nicht, wie er, mitten in voller Arbeitskraft aus der Arbeit gerissen und zum Herumlungern verurteilt war. Die "Freundin" war zwar eine Schlampe, die ihm dauernd vorjammerte, sie müsste verhungern, wenn er sie nicht unterstützte, aber gerade das tat ihm wohl; da fühlte er doch wieder, dass er noch gebraucht wurde.

So kam er schliesslich darauf, seiner Frau seine Absicht kundzugeben, sich von ihr scheiden zu lassen. Sie antwortete ihm ganz ruhig, dass sie sich nicht darauf einlassen würde. Draufhin brachte er ganz einfach die "Freundin" in seine Wohnung mit und sagte voll Hohn zu seiner Frau: "Du kannst ja ruhig weiter im Zimmer bleiben. Ich schlafe ebenso gut in der Küche." Nun musste die Frau ihr Spiel doch verloren geben und war auch bereit, in die Scheidung einzuwilligen. Aber bis es so weit wäre, konnte sie doch unmöglich weiter die Wohnung mit ihrem Manne und seiner "Freundin" teilen. Da die Wohnung von dem Manne gemietet worden war, so wollte sie sich eine neue Stube mieten. Aber Sachen anschaffen konnte sie sich nicht auch noch - und dann gehörte doch ein

grosser Teil des Hausrates ihr; den wollte sie wenigstens mitnehmen.

Nach unserm rückständigen Eherechte kann die Frau das aber nicht ohne weiteres, weil sie nicht über diese Haushaltssachen verfügen darf, auch wenn sie ihr gehören. Sie muss daher, um zu ihrem Rechte zu kommen, schleunigst bei dem Gericht, bei dem die Scheidung angestrengt ist, den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragen, durch die ihr erstens gestattet wird, von ihrem Manne getrennt zu leben, und in der weiter dem Manne aufgegeben wird, der Frau die für sie notwendigen Haushaltssachen schon vor dem Urteil herauszugeben. Wollte die Frau die Sachengewaltsam fortnehmen, so könnte der Mann sie mit Gewalt daran hindern und würde, wenn er ihr dabei einen Schaden zufügte, nicht bestraft werden können, da er, wenn auch rein formell, im Recht ist, sodass er sich auf Notwehr berufen könnte. Hätte der Mann ein Einkommen, so könnte die Frau auch beantragen, dass er durch eine einstweilige Verfügung zur Zahlung einer Rente während des schwebenden Verfahrens angehalten wird. Sehr viele Frauen wissen nicht, dass ihnen dies Recht auf vorläufige Regelung bereits vor Abschluss der Scheidungsklage zusteht, und kommen dadurch häufig während der sich lange hinziehenden Klage in bitterste Not. Sie sollten deshalb immer, wenn die oben angedeuteten Voraussetzungen zutreffen, den Erlass einer entsprechenden einstweiligen Verfügung gegen den Mann beantragen.

Tardy.

Pflege des Neugeborenen.^x

SPD. Der Schutz des Kindes muss bereits vor der Geburt beginnen, d.h. die werdende Mutter muss besonders sorgsam auf sich selbst achten, denn ihre Gesundheit und Sauberkeit sind die Garantie für die normale Geburt eines gesunden Kindes. Es braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, dass bereits während des Geburtsaktes das Kind selbst gefährdet ist, da es verletzt werden kann und auch mannigfachen Infektionsmöglichkeiten ausgesetzt ist. Eine Wochenbettkrankung oder Geburtsverletzung der Mutter kann aber dem Neugeborenen auch insofern grossen Schaden zufügen, weil durch die mütterliche Erkrankung die Ernährung durch Muttermilch und die mütterliche Pflege (im weitesten Sinne dem Kinde nicht zuteil werden kann.

Wir haben heute auf dem Gebiete des Mutterschutzes sehr gute Fürsorge- und Beratungsstellen, die trotz der Erschwerung durch die Notverordnungen nach Möglichkeit allen Ratsuchenden helfen. Deshalb ist allen werdenden Müttern eine häufige Rücksprache mit den Ärzten und dem Pflegepersonal dieser Stellen zu empfehlen. Aufklärung im besten Sinne über die bevorstehenden wichtigen Aufgaben und Vorbereitungen für die Geburt und Pflege des Kindes würden manches Unheil, das aus Unwissenheit geschieht, verhüten. Wo die häusliche Umgebung, geringer Platz usw. eine Entbindung in einer Anstalt ratsamer erscheinen lassen, werdendie Formalitäten für Anmeldung, vorherige Untersuchung usw. von den Fürsorgestellen erledigt, bzw. die richtigen Wege gewiesen.

Die Neugeborenen zeigen ein auffallend starkes Vorkommen von Krankheitsfällen und eine hohe Sterblichkeit gerade in den ersten Lebenstagen. Drei Faktoren sind daran besonders beteiligt: Missbildungen, Geburtsschädigungen und Lebensschwäche. Am seltensten sind angeborene Missbildungen, häufiger Infektionen von den mütterlichen Geburtswegen aus. Bekannt sind die schweren eitrigen Bindehautentzündungen, die sich am zweiten oder dritten Tage nach der Geburt in Gestalt von Schwellung und Rötung der Augenlider zeigen, zwischen denen eine dünne eitrige Flüssigkeit abgesondert wird. Diese Infektion, die meist durch Gonokokken hervorgerufen wird, beseitigt man durch eine sofort nach der Geburt einzuträufelnde Höllensteinlösung, die laut amtlicher Vorschrift jede Hebamme bei sich führen muss, und die sie bei jedem Neugeborenen anwenden muss, auch wenn er gesund ist. Dieser Vorschrift ist es zu verdan-

ken, dass die schweren Augenerkrankungen, die sogar zu Erblindungen führten, selten geworden sind.

Eine weitere Infektionsquelle ist der Nabel des Neugeborenen. Während sich das Kind noch im Mutterleibe befindet, unterhält die Nabelschnur die Verbindung zwischen ihm und der Mutter. Das Kind wird auf diesem Wege von der Mutter her ernährt, indem Blutgefäße vom Mutterkuchen zum Kinde hin und zurück verlaufen. Man kann sich wohl vorstellen, dass beim Abbinden der Nabelschnur nach der Geburt mit Rücksicht auf die noch offenen Blutgefäße in der Nabelschnur sehr leicht Krankheitskeime durch Unsauberkeit eindringen können, die eine Nabeleiterung hervorrufen können. Vom Nabel aus können die Krankheitskeime sich im kindlichen Organismus verbreiten, und es entsteht dann das schwere Krankheitsbild einer Blutvergiftung (Nabelsepsis.) Normalerweise vertrocknet die Nabelschnur am vierten Tage nach der Geburt und fällt ab. Als Narbe bleibt die tieferliegende Wunde, die den "Nabel" bildet. Grösste Sauberkeit beim Wechseln des Nabelverbandes, wenn das überhaupt nötig ist (vielleicht dadurch, dass der Verband durchfeuchtet ist), muss selbstverständlich sein.

Andre Geburtsschädigungen entstehen durch besonders Beschaffenheit des mütterlichen Beckens. Ist es zu eng, so kommen unter Umständen Blutungen unter der Kopfschwarte des Kindes vor, die äusserlich zwar ein wenig entstellend wirken, jedoch keinen Anlass zu Besorgnis geben und bereits nach wenigen Tagen von selbst zurückgehen, d.h. aufgesagt werden.

"Lebensschwach" nennt man Kinder, wenn sie aus irgendwelchen Gründen zu früh geboren werden. Die Lebensfähigkeit eines frühgeborenen Kindes richtet sich nach dem Grade der Reife und der Ursache der vorzeitigen Geburt. Ihre Erhaltung beginnt bei einem Gewicht von 1200 bis 1500 Gramm. Aber es sind auch schon Sechsmonatskinder von nur 750 Gramm Gewicht und einer Länge von 35 cm am Leben geblieben. Bei guter Pflege überleben mehr als 50 % solcher lebensschwachen Kinder! Daher ist eigentlich das Wort "Lebensschwäche" unangebracht. Es zeigt sich daran, wie lebensstark solch ein kleiner Erdenbürger doch ist. Selbstverständlich muss man solche Kinder wärmer halten als Normalgeborene und pflegt sie in Brutkästen zu legen. Wärmekruken kann man natürlich auch benutzen, doch soll man da die ärztlichen Vorschriften genau befolgen; bis bei einem Gewicht von 2200 bis 2500 Gramm das Kind die Fähigkeit hat, selbst gleichmässige Körperwärme zu bewahren. Die Ernährung solcher Kinder ist schwieriger; sie brauchen 10 Mahlzeiten statt 5, oder sogar 12, und es ist nötig, sie, wenn sie schlafen, zur Nahrungsaufnahme zu wecken. Die beste Ernährung für diese Frühgeborenen (wie überhaupt für alle Säuglinge) ist natürlich die Muttermilch! Um die Kinder zu schonen (das Saugen ist eine Anstrengung für derartige Kinder), kann man die Milch abziehen. Sie kann dann durch Löffel oder Tropfpipetten in den Mund praktiziert werden. Die besondere Mühe der Pflege wird dadurch belohnt, dass oft bereits im ersten, zum mindesten jedoch im zweiten oder dritten Lebensjahr ein Unterschied zum normalen Kinde nicht mehr vorhanden ist. Es gibt übrigens auch Neugeborene, die sich durch ein anormal niedriges Gewicht auszeichnen und doch völlig ausgetragen sind. Mir sind Kinder bekannt, die nur 3 bis 3½ Pfund gewogen haben und erst nach der Geburt sehr gut und schnell das Untergewicht aufgeholt haben. Es liegt also im geringen Gewicht noch keine besondere Gefahr oder "Lebensschwäche"!

Erwähnen möchte ich auch noch das Vorkommen einer Gelbsucht bei Neugeborenen, die sich zwischen dem zweiten und fünften Tage nach der Geburt zeigt. Sie dauert ein paar Tage, höchstens bis zu drei Wochen, verschwindet dann und hat nichts zu bedeuten. Die Kinder leiden nicht darunter, und es ist auch noch nicht bekannt, wie es zu dieser Gelbfärbung kommt. Tatsache ist, dass die Kinder danach eine wunderschöne zarte Haut bekommen, während sie vorher häufig noch am ganzen Körper krebsrot waren. Heute mehr als je müssen wir auf die Erhaltung jedes Neugeborenen bedacht sein, geht doch die Geburtenzahl infolge vieler Faktoren zurück. Wer trotz aller Schwierigkeiten unsrer Zeit

an einen Sieg der Vernunft und an einen Wiederaufstieg unsres deutschen Volkes glaubt, der muss sich darüber klar sein, dass jeder auf Entfaltung seiner Kräfte bedachte Staat die Kindersterblichkeit bekämpfen muss. Das kann er am besten, indem er aufklärt und er den werdenden Müttern und den unerfahrenen Müttern Beratungsstellen schafft! Das hat unsre Republik in vorbildlicher Weise getan, und es ist nun höchste Pflicht der Frauen, sich auch dort beraten zu lassen, damit sie wissend und verantwortungsbewusst an die hohe Aufgabe herangehen können: "ihre Kinder körperlich und seelisch gesund aufzuziehen."

Susi Bork.

Die Biographie des Filmstars.^x

SPD. Wie sie sie dem Reporter erzählt :

"Ich bin in Russland geboren, ein paar Minuten vor dem Ausbruch des Krieges. Meine Mutter war eine geborene Gräfin, Hofdame am kaiserlichen Hofe, und mein Vater - dies aber nur ganz privat; Sie dürfen kein Wort davon erwähnen - ein Mitglied des regierenden Hauses. Sie verstehen - - ich bin ein morganatisches Kind. Nach dem Ausbruch der Revolution hat man mich nur dürftig mit einigen Kronjuwelen bekleidet über die Grenze geschmuggelt.

Nur den selbstlosen Pfadfindern verdanke ich es, dass mich die blutrünstigen Bolschewiken nicht ermordet haben. Eine Zeitlang, als heranwachsendes Mädchen, lebte ich von meinen Juwelen. Dann aber, eines schönen Tages, begegnete ich in einem Vorstadtkino Chaplin. Was dann geschah, dürfte so ziemlich bekannt sein: er entdeckte mich für den Film. Ich bin ihm seither dafür selbstverständlich sehr dankbar, und neulich musste ich ihm auf seine innigen Bitten versprechen, in seinem nächsten Film die weibliche Hauptrolle zu übernehmen.

Ich lebe augenblicklich nur der Kunst. Meine Lieblingsbeschäftigung ist das Fliegen. In meinem kleinen Garten warten acht Flugzeuge und drei Zeppeline meiner Befehle. Und doch - - ich sehne mich unsagbar zurück nach den unendlichen russischen Steppen, zu meinen geliebten Muschiks, die im Film immer ihre Herrin wiedererkennen, obzwar ich oft nur gewöhnliche Bürgerfrauen verkörpere."

Wie sie sie ihrem Bräutigam erzählt :

"Weisst Du, Liebling, den Reportern muss man so manches erzählen. Wahr ist von allen diesen Erzählungen nur, dass ich in der Tat am russischen Hofe das Licht der Welt erblickt habe. Mein Vater war ein berühmter englischer Universitätsprofessor, den man zur Behandlung des kranken Zarewitsch nach Russland berufen hatte. Eine Zeit lang sprach man von ihm am Hofe nur als von dem gefährlichsten Konkurrenten Rasputins.

Zuerst trat ich nur in Liebhaberaufführungen der Hofgesellschaft auf. Später lernte ich einen ungarischen Grafen kennen. Der nahm mich mit in seine Heimat. Da erblickte ich Adolf Zukor, der einst auch ein ungarischer Graf war und erst später, nach dem Zusammenbruch seiner Finanzen, nach Amerika emigrierte.

Als Schwarzfahrerin musste ich den Weg nach Amerika antreten, weil es interessanter war. Damals war dieser Trick noch nicht so sehr kompromittiert. "Ich werde der Gloria Swanson noch in dieser Stunde funktelegraphisch kündigen!" sagte mir Zukor und schmuggelte mich als blinden Passagier höchst persönlich auf den Dampfer. In Amerika habe ich dann Dich kennen gelernt und Dich davon überzeugt, dass Du der Erste in meinem Leben bist."

Wie ihre Freundin sie erzählt:

"An das Datum ihrer Geburt kann ich mich nicht erinnern, weil ich viel später als sie auf die Welt gekommen bin. Was ich von ihr weiss, ist nur, dass ihr Vater Portier im Wiener Ottakring gewesen ist. Zu jener Zeit kam oft ein russischer Musikant zu ihnen ins Haus, und auf Grund dessen verbreitete

sich die Nachricht, dass die Portierfrau "mit Russland herzliche Beziehungen pflege". Das mag auch wohl die Ursache dafür gewesen sein, dass das Kind einen russisch klingenden Vornamen erhielt.

Mit dreizehn Jahren stattierte sie in einer Vorstadtschmiede, und mit sechzehn kam sie als Girl an ein Revuetheater. Bis zu ihrem zwanzigsten Lebensjahre verlor ich sie dann aus den Augen. Ich hörte nur, dass sie in dieser Zeit so manches durchgemacht und erlebt hat. Karriere machte sie dadurch, dass sie zu niemandem "nein" sagen konnte.

Aber - - darüber möchte ich nicht weiter sprechen. Schliesslich handelt es sich ja um meine beste Freundin, und ich halte zu ihr, wenn sie auch Filmschauspielerin geworden ist."

Nikolas Aranyosi.

Turnen! - Aber wie ??

SPD. Rrrrrrrr..! Der Wecker rasselt. Halb 7 Uhr Morgens. Brrr.. - jetzt aufstehen und "Müllern"? - Nein!! - Der Wecker verstummt, und Herr Mayer legt sich noch einmal aufs andre Ohr. Es stimmt schon; er hatte alle guten Vorsätze gefasst und wollte heute Morgen ganz bestimmt aufstehen und nach "mein System" müllern oder nach den freundlichen Anleitungen des Radiosprechers "Gymnastik" treiben. Ja, - dreimal hat er es nun schon fertig gebracht, sich eine halbe Stunde früher als sonst zu erheben, um "für seinen Körper etwas zu tun". Doch der Geist ist willig, und das Fleisch ist schwach: Schon beim dritten Male hatte man von dem halben Stündlein eine Viertelstunde abgezogen und sich erst dann einen Ruck gegeben. Vielleicht wird es Herr Mayer trotz des heutigen Versagers noch einmal fertig bringen, sich früher zu erheben. Aber wir glauben es nicht.

Ehrlich herausgesagt: nicht nur Herrn Mayer geht es so, auch seiner Gemahlin und - seien wir einmal ganz offen! - auch uns selber, die wir doch alle recht gern noch ein Viertelstündchen im molligen Bette liegen bleiben. Dabei ist heute doch wohl jedermann überzeugt vom Werte des Turnens und Sports. Selbst die Hausfrau sagt nicht mehr: "Im Haushalt haben wir genug Turnen", sondern sieht die Notwendigkeit vernünftig betriebener Ausgleichsübungen ein und bedauert nur zu oft den empfindlichen Zeitmangel, der ihr die gesunde und freudvolle Betätigung in Gymnastikstunden und gut geleiteten Turnvereinen versagt. Vor allem die geplagte Mutter und der Vater, die ausgleichender und vorbeugender Körperschulung bedürften sehen im Zeitmangel einen Behinderungsgrund. Gerade ihnen sollen die folgenden Zeilen Mittel und Wege weisen, ohne besonderen Raum, ohne alle Vorbereitungen den Körper vor Berufsschäden zu schützen und ihnen vorzubeugen. Besonders gilt das für Zeiten ungünstiger Witterung, wenn sogar der ausgleichende Spaziergang nicht möglich ist und nur das Haus oder die Arbeitsstätte Tummelplatz sein können.

Verfolgen wir doch einmal Mutter und Vater bei ihrer Tätigkeit, und versuchen wir, Ausgleichsübungen zu finden, die gleich an Ort und Stelle angewandt werden können und ein gesundes Gegengewicht gegen Berufsschäden aller Art zu sein vermögen! Da sitzt die Mutter und Hausfrau, im Schoss die Schüssel mit Kartoffeln, und schält mit vornübergebeugtem Rücken die Knollen für die grosse Familie. "Rundrücken" würde der Arzt in vielen Fällen konstatieren können und Gymnastik empfehlen. Aber die Hausfrau spürt noch mehr als nur ihren Rücken; auch ihre Hände und Arme werden verkrampft und müssen von Zeit zu Zeit ruhen. Es ist hier wie in der Natur: Ein Baum, vom Winde immer nur nach der einen Seite geweht, wird bald schief stehen; kommt aber der Wind von allen Seiten, so wird der Stamm gerade und bald stark und kräftig sein. Ebenso muss die Hausfrau den Rücken bzw. das Rückgrat nach der andern Seite, d.h. den Oberkörper über die Stuhllehne zurück biegen. Dazu werden die Arme

recht kräftig zurückgereckt, und zwar schräghoch. Die verkrampten Finger aber drückt man federnd gegen die Finger der andern Hand und bewegt sie hierauf wie bei Fingerübungen auf dem Klavier, rasch und leicht. Wird diese Übung während der Arbeit ein- oder zweimal und dann zum Schlusse noch einmal angewandt, so werden sich die gefürchteten Kreuzschmerzen nicht einstellen.

Eine andre anstrengende Tätigkeit: das Bohnern! - "Ist das nicht auch Gymnastik?" hört man manche Hausfrau einwenden. Gewiss, aber einseitige und darum ungesund: Die Lunge wird zusammengedrückt, der Rücken gekrümmt, und die Arme werden einseitig belastet. Hier recke man sich (unterm offenen Fenster natürlich) hoch auf die Zehenspitzen und federe mit den Armen zurück, aber recht kräftig und auch hier schräghoch. Ganz kurz hänge man sich auch an Tür oder Schrank, um die Arme zu strecken; das wird dann schon genügen. Wer noch ein Uebrigtes tun möchte, der stelle sich mit dem Gesichte nach der Wand und lehne sich mit den Händen an sie. Immer mehr werden dann die Füße zurückgestellt und wird der Körper nach vorn durchgedrückt, auch hier wieder federnd. Nach dem Fensterputzen möge man rasch mit den Armen nach oben stossen, und zwar wechselseitig, um zum Ausgleich auch die andre Schulter zu bewegen.

Nicht anders als bei der Frau ist es beim Manne. Der Kaufmann am Schreibtisch wird sich von Zeit zu Zeit tüchtig räkeln und strecken. Wie bei der Frau findet auch auf ihn alles Vorhergesagte singemässe Anwendung, nur mit dem Unterschiede, dass bei ihm die Gegenbewegung immer kraftvoll, zügig und schnellend sein muss. Wer hinter dem Ladentische steht, sollte in unbedachten Augenblicken recht oft wippen und über die ganze Sohle nach den Zehenspitzen abrollen, auch in der Hocke (tiefe Kniebeuge) einige Male, unter Mitschwingen der Arme, aus den Kniegelenken heraus federn, damit ein angeregter Blutkreislauf die Ermüdungsstoffe (Milchsäure) aus den Beinen hinausbefördern kann.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um für alle berufe und Lebenslagen das Richtige finden zu lassen. Man bedenke dabei nur Folgendes: Was verbogen ist, muss wieder zurückgebogen werden; was ruhte, soll man bewegen; was man zuviel bewegte, soll man entlasten. Dabei hat man vor allem auch auf den Bewegungsablauf zu achten. Was vorher straff war, das soll man lockern, Lockeres kräftigen durch Wippen und Federn, Gespanntes entspannen und immer und überall das Prinzip des Ausgleichs anwenden. Zu alledem braucht man keinen besonderen Raum, keine besondere Kleidung, kein Gerät und vor allem kein Geld, sondern nur ein wenig gesunden Menschenverstand und guten Willen.

Anni Weber.

SPD. Bürgerliche Sportentartung.^x In Amerika hat kürzlich die Fussballvereinigung ihren Jahresbericht herausgegeben, aus dem hervorgeht, dass die Vereinigung nicht weniger als 43 Todesfälle infolge von Verletzungen beim Fussballspiel zu verzeichnen hat. Man beabsichtigt, neue Spielregeln aufzustellen, um die Hauptgefahren (!) zu beseitigen.

SPD. Eine interessante Frau.^x "Ihre Frau Gemahlin sieht so interessant aus."

"Wieso?"

"Nun, sie hat noch ein relativ junges Gesicht, aber welches Erleben steht schon darin geschrieben! Man sieht diesem Gesicht an, wieviel Ihre Gattin schon durchgemacht hat."

"Ja. Und das hat sie alles mir zu verdanken."
